Das beschleunigte Fachkräfteverfahren § 81a AufenthG

1 – Bevollmächtigung des Arbeitgebers
- Vollmacht
- Reisepasses
- Nachweis der Berufsqualifikation etc.

2 – Kontaktaufnahme mit der Ausländerbehörde
- Business Immigration Service (BIS) in Berlin führt das Verfahren durch

3 – Vereinbarung zwischen AG und Ausländerbehörde
- Informationen zum Ablauf des Verfahrens
- Fälligkeit der Gebühr: 411 EUR

4 – Anerkennung der ausländischen Berufsqualifikation
- BIS leitet das Verfahren ein
- Einschlägige Unterlagen werden eingereicht
- Frist: 2 Monate

5 – Zustimmung der BA
- Prüfung Arbeits-bedingungen
- Frist: 1 Woche

6 – Vorabzustimmung für Visumantrag
- Alle Voraussetzungen sind erfüllt
- Weiterleitung der Vorabzustimmung an AG sowie deutsche Auslands-vertretung

7 – Visumsantrag bei der Auslandsvertretung
- Fachkraft legt Vorabzustimmung und einschlägige Dokumente vor
- Frist: 3 Wochen

Erstellt von TBB, Stand: Nov. 2023

Das Projekt „Informationsstelle Fachkräftegewinnung und -sicherung – IFS“ wird im Rahmen des Förderprogramms IQ - Integration durch Qualifizierung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge administriert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit.

Gefördert durch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Kofinanziert von der Europäischen Union

Administriert durch: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

In Kooperation mit: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Bundesagentur für Arbeit

Das Projekt Informationsstelle Fachkräftegewinnung und -sicherung – IFS wird zusätzlich finanziert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, die das Abgeordnetenhaus Berlin beschlossen hat.

Die Beauftragte des Senats für Integration und Migration | Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung | BERLIN